

Hanno Beth

Rechtsradikalismus, Linksradikalismus, Linksfaschismus

Bemerkungen zu gängigen Schlagworten

Seitdem sich das studentische Unbehagen an den erstarrten gesellschaftlichen Zuständen in der Bundesrepublik Deutschland politisch zu artikulieren begann, sind nunmehr fünf Jahre ins Land gezogen. Die innerhalb dieses Zeitraumes das Gesellschaftsgefüge in Bewegung versetzenden politischen Aktionen der überwiegend jugendlichen Protestbewegung reichten aus, eine alte Standardbehauptung zu modischer Blüte zu erwecken; gemeint ist jene Theorie, derzufolge sich Linksradikalismus und Rechtsradikalismus — unfreiwillig zwar — die Hände geben und mit vereinten Kräften versuchen, die demokratische Mitte in einem tödlichen Würgegriff zu umklammern, um auf diese Weise die demokratische Gesellschaftsverfassung liberaler Provenienz zu liquidieren. Als Beispiel für diese so mannigfach kolportierte Formel soll hier ein Wort des ehemaligen Bundesjustizministers *Horst Ehmke* dienen, der in seinem Referat „Die Generation, auf die wir gewartet haben“ auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg 1968 unter anderem ausführte:

„Soweit sie (die anti-liberale *action directe*) Diskussionen sprengt, Vorlesungen stört, Zeitungen verbrennt und Fensterscheiben einschlägt, verdient sie durchaus als pseudo-linker Faschismus bezeichnet zu werden. Diese Art von Protest wird an den bestehenden Mängeln unserer Gesellschaft nicht das Geringste ändern. Sie wird vielmehr die Reaktion in diesem Lande stärken, Faschismus nicht ‚herauslocken‘, sondern mitproduzieren.“¹⁾

Dieses Zitat ist nicht ohne Grund gewählt worden, bekräftigt Horst Ehmke doch einen Vorwurf, den sich die neue Linke, auch außerparlamentarische Opposition genannt, ausgerechnet von einem ihrer Ziehväter, dem Frankfurter Ordinarius für Philosophie und Soziologie, *Jürgen Habermas*, gefallen lassen mußte: nämlich den des Linksfaschismus.

1) Horst Ehmke, Die Generation, auf die wir gewartet haben, in: Der Monat, Nr. 235, April 1968, S. 8.

Die sozialistisch orientierte neue Linke als Propagandist, Wegbereiter und endlich Steigbügelhalter des Rechtsradikalismus (auf bundesdeutsche Parteien übertragen: der NPD) — es versteht sich fast von selbst, daß sie diese Unterstellung nicht gern hin- nimmt und sich deshalb mit allen Mitteln gegen sie wehrt. In der Sprache einer ihrer Vertreter hört sich das wie folgt an:

„Die zunächst einmal durchaus legitime Sorge vor der zwar subjektiv unbeabsichtigten aber objektiv unvermeidlichen Provokation einer rechten Reaktion innerhalb wie außerhalb der bestehenden Apparate dient weitgehend zur Rationalisierung jenes inhaltlich nicht oder kaum ernsthaft reflektierten Unbehagens.“²⁾

Rechtsradikalismus, Linksradikalismus, Linksfaschismus: in den nachfolgenden Über- legungen soll versucht werden, zu klären, was unter Linksfaschismus zu verstehen ist, inwieweit sich Rechts- und Linksradikalismus bedingen und ob die Behauptung ihres Zu- sammenwirkens zutrifft. Wenn ja, stellt sich ferner die Frage, ob die demokratische Mitte zwischen beiden Extremen zwangsläufig aufgerieben werden muß; erweist sich die Behauptung als unrichtig, bleibt zu prüfen, zu welchem Zweck die dann falsche Stan- dardformel immer wieder verbreitet wird. Diese Erörterung zielt darauf ab, zu einer möglichst emotionsfreien, rationalen und sachgerechten Diskussion beizutragen.

I

Es sei an dieser Stelle noch einmal vergegenwärtigt, wie der dem historischen Bewußt- sein längst entschwundene Topos „Linksfaschismus“ aus der Versenkung hervorgeholt wurde und in neuem Gewand Brisanz entfaltete. Anlässlich der Überführung der Leiche des von einem Berliner Polizisten erschossenen Studenten *Benno Ohnesorg*, der sein Leben auf einer Anti-Schah-Demonstration am 2. 6. 1967 lassen mußte, wurde in Han- nover ein Kongreß mit dem Tagungsthema „Hochschule und Demokratie“ abgehalten, auf dem die antiautoritäre Bewegung ihren politischen Standort zu bestimmen trachtete. Dort trug *Rudi Dutschke* seine Vorstellungen des neuen Aktionismus vor und ent- wickelte seine Taktik der Regelverletzung³⁾. In der sich dem Referat anschließenden Diskussion zieh Habermas, befürchtend, die Studenten könnten sich in der praktischen Konsequenz der Dutschkeschen Theorie bei einem geplanten Sitzstreik zu unreflektierter Gewaltanwendung versteigen, Dutschke des Linksfaschismus:

„Herr Dutschke hat hier als konkreten Vorschlag nur vorgetragen, daß ein Sitzstreik statt- finden soll. Das ist eine Demonstration mit gewaltlosen Mitteln. Ich frage mich, warum er das nicht so nennt und warum er eine Dreiviertelstunde darauf verwendet hat, eine voluntaristische Ideologie zu entwickeln, die man im Jahre 1848 utopischen Sozialismus genannt hat, die aber unter heutigen Umständen — jedenfalls glaube ich, Gründe zu haben, diese Terminologie vor- zuschlagen — ‚linken Faschismus‘ nennen muß.“⁴⁾

Damit war einer aufmerksamen Öffentlichkeit ein alter-neuer Begriff zur politischen Klassifikation des antiautoritären Lagers übergeben worden, ein Begriff, dessen man sich fleißig bediente. Daran konnte auch die Tatsache, daß Habermas später in Briefen an *Erich Fried* und *C. Grossner*⁵⁾ von diesem Ausdruck abrückte, nichts mehr ändern.

2) E. Krippendorff, Zum Verhältnis zwischen Inhalt und Form von Demonstrationstechnikern in: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt a. M. 1968, S. 162.

3) Vgl. R. Dutschke in: Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover. Frankfurt a. M. 1968, S. 78 ff.

4) J. Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt a. M. 1969, S. 147/148. Die zitierte Passage entspricht nicht exakt den Tonbandnachschriften der Diskussion, Habermas hat seine Äußerungen im Hinblick auf „Unebenheiten des gesprochenen Wortes redigiert“. Vgl. die Originalfassung in: Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover, a.a.O., S. 101.

5) Beide Briefe in J. Habermas, op. cit., S. 149 f., 151 f.

Um Aufklärung über den Topos „Linksfaschismus“ zu erhalten, muß erst einmal festgestellt werden, was denn unter dem Begriff Faschismus überhaupt zu verstehen ist. Zu der Schwierigkeit der begrifflichen Fixierung meint einer der besten deutschen Kenner des Faschismus, der Historiker *Ernst Nolte*, daß es keine neutrale, weitgehend objektive Definition dieses Phänomens gegeben hat und auch nicht geben wird, da die Bestimmung des Faschismus in eminentem Maße vom politischen Standort des Betrachters oder Beobachters abhängt⁶⁾. Auf die Richtigkeit dieser Behauptung deutet die geradezu inflationäre Verwendung des Ausdrucks ebenso hin wie die neuerdings stark aufgeflammete wissenschaftliche Diskussion⁷⁾. Hier soll eine deskriptiv-analytische Umschreibung gewählt werden, die den Vorzug genießt, sich von historisch gesicherten Kenntnissen abgeleitet zu wissen:

„Der politikwissenschaftliche Begriff ‚Faschismus‘ bezeichnet eine ziemlich genau umrissene geschichtliche, politische und soziale Bewegung: kleinbürgerlich-mittelständisch in ihrer sozialen Zusammensetzung, oftmals mit einem nicht unbeträchtlichen proletarischen Flügel; autoritär, elitär und antiintellektuell in ihrer Haltung; extrem nationalistisch und rassistisch in ihrer Gesinnung; auf eine merkwürdige und sehr bezeichnende Weise ambivalent in ihrem politischen Programm... : Neben konservativ oder reaktionär-romantischen Zügen stehen modernistische, ja radikal sozialkritische; die Funktion des Faschismus als Büttel der traditionellen feudalen und großbürgerlichen Oberklassen wird durch die Entwicklung einer eigenen ‚Elite‘ durchkreuzt: Organisations- und Aktionsformen der militanten faschistischen Massenbewegungen sind dem Aristokraten oder Bourgeois alten Stils eher fremd, mag er sich auch mit dem Faschismus verbünden.“⁸⁾

Mit dieser groben Konkretation des historisch-politischen Phänomens sind freilich die vielfältigen Erscheinungsformen des Faschismus nicht ausgelotet. Nationale und regionale Spezifika haben dazu beigetragen, daß sich eine ganze Reihe untereinander verschiedener Faschismen herauskristallisiert hat⁹⁾, darunter auch Faschismen, in denen Strömungen herrschten, „die sozial von Randgruppen des rebellischen Bürgertums, zum Teil von Intellektuellen und Studenten getragen“¹⁰⁾ wurden; diese Bewegungen — man denke in Deutschland etwa an den *Strasser-Flügel* der NSDAP, in Frankreich an das „Rassemblement National Populaire“ um *Marcel Deat* und andere Gruppierungen¹¹⁾ — wurden unter der Bezeichnung Linksfaschismus rubriziert. Eine erste, allerdings recht simple Definition des Linksfaschismus (*fascismo di sinistra*) lieferte der Italiener *Luigi Sturzo*, der bereits im Jahre 1926 in seinem Buch „Italien und der Faschismus“ befand:

„Insgesamt kann man zwischen Rußland und Italien nur einen einzigen Unterschied feststellen, daß nämlich der Bolschewismus eine kommunistische Diktatur oder ein Linksfaschismus ist und der Faschismus eine konservative Diktatur oder ein Rechtsbolschewismus ist.“¹²⁾

Man wird sich wohl kaum an dieser überaus vagen Beschreibung orientieren können. Besser begreift man mit *von Oertzen* den historischen Linksfaschismus als diejenige

6) E. Nolte, Vierzig Jahre Theorien über den Faschismus, in: Theorien über den Faschismus, hrsg. v. E. Nolte, Köln—Berlin 1967, S. 15.

7) Vgl. hierzu die umfangreichen Literaturangaben bei E. Nolte, a.a.O., S. 492 ff.

8) P. v. Oertzen, Was ist eigentlich Linksfaschismus? In: Süddeutsche Zeitung vom 13./14. 1. 1968. Ferner sei besonders auf die sechs Punkte hingewiesen, mit denen Nolte, Die faschistischen Bewegungen, München 1966, S. 64 ff., den Faschismus charakterisiert. Zur Illustration diverser Faschismus-Begriffe sei anstelle vieler anderer Definitionen diejenige herangezogen, die sich in der DDR weiter Verbreitung erfreut: „Faschismus: konterrevolutionäre politische Bewegung, offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Gruppen des Finanzkapitals in der Periode der allgemeinen Krisen des Kapitalismus.“ In: Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1967, S. 196.

9) Vgl. dazu E. Noltes Buch „Die faschistischen Bewegungen“, a.a.O., insbesondere S. 189 ff.

10) J. Agnoli, Zur Faschismus-Diskussion, in: Berliner Zeitschrift für Politologie, 9. Jahrgang Nr. 2/1968, S. 31.

11) Zum frz. Linksfaschismus siehe E. Nolte, Die faschistischen Bewegungen, a.a.O., S. 290 f. und S. 295 f.

12) Zitiert nach: L. Sturzo, Das bolschewistische Rußland und das faschistische Italien, in: E. Nolte, Theorien über den Faschismus, a.a.O., S. 225.

Komponente, die den Gesamtfaschismus „von der traditionellen autoritären, nationalistischen und militaristischen Reaktion unterscheidet“¹³⁾.

Kein Kritiker kann, will er ernst genommen werden, die neue Linke des Faschismus zeihen; die Quellen, aus denen sich die Protestbewegung speist, führen keinesfalls gleiches oder auch nur ähnliches Grundwasser wie der Faschismus. Wenn der Vorwurf dennoch nicht verstummt, so sind daran wohl die in den angewandten Methoden bis zu einem gewissen Grade tatsächlich vergleichbaren, jedoch sekundären Berührungspunkte etwa der direkten Aktionen (Demonstration, *go-in*, *sit-in* usw.) oder der Anwendung von Gewalt¹⁴⁾ (Steinwürfe) schuld. Daß diese Form der Praxis aber weit eher als eine Spielart anarchistischer Politik bewertet werden muß und keinen Vergleich mit faschistischem Terror zuläßt, ist schon so häufig betont worden¹⁵⁾, daß sich hier eine entsprechende Deduktion erübrigt. Wenn *Agnoli* schreibt „Linksfaschismus verstand sich historisch und sollte... begrifflich gefaßt werden auf keinen Fall als eine linke Bewegung, die faschistische Methoden' übernimmt oder sich die faschistische Aktivismus- und Voluntarismusideologie aneignet. Die Methodenanalogie... ist so offensichtlich brüchig, daß man sie beiseite lassen sollte“¹⁶⁾, dann kann man ihm nur beipflichten — und das nicht nur aus dem von ihm genannten Grund. Der Vorwurf des Linksfaschismus appelliert an ein sozialpsychologisch höchst fragwürdiges Potential, da er per se die Protestbewegung propagandistisch in die Rolle ausschließlicher Zerstörer drängt (womit eine durch nichts gerechtfertigte Verwandtschaft mit den Nationalsozialisten konstruiert wird) und bei den Gegnern der neuen Linken eine Aggressionsstauung zu erzeugen geeignet ist, die unter bestimmten Umständen außerhalb jeglicher Kontrolle geraten könnte. Zudem ist er, politisch gesprochen, ausnehmend inopportun, da bekanntlich äußerer Druck einen verstärkten inneren Solidarisierungseffekt provoziert, eine Folge, die ersichtlich nicht in das Kalkül der den Vorwurf Reproduzierenden passen kann.

Der Begriff des Linksfaschismus in seinem heute gebrauchten Sinne erscheint auch unter semantischen Aspekten nicht unproblematisch. Wer das Wort Faschismus, in welcher Verbindung auch immer, von den Nationalsozialisten mit den von ihnen verursachten bekannten Folgen auf eine im Verhältnis zu diesen vergleichsweise völlig harmlose Protestbewegung unbedenken überträgt oder auch nur diesen Eindruck erweckt, der muß sich dessen bewußt sein, daß er sich der Möglichkeit begibt, den Nachgeborenen glaubwürdig die Ereignisse, die sich vor, während und nach dem Dritten Reich abgespielt haben, erzählen können. Die Schwierigkeit der korrekten, exakten und treffenden Benennung ist eine solche des Denkens. Sprachliches Unvermögen bereitet den Boden der Mißverständnisse auf; es sät das Unkraut, das auszurupfen beträchtliche Mühe macht. Es wäre nicht das erstemal, daß sprachliches Unvermögen weitreichende Konsequenzen zeitigt. All dies hätten Habermas, Ehmke und andere berücksichtigen müssen.

III

Die Wortkombination Linksfaschismus kanalisiert mit plastischer Anschaulichkeit jene zwei Strömungen, deren wechselseitige Abhängigkeit so gern behauptet wird: den Rechtsradikalismus und den Linksradikalismus. Ehmke zufolge soll ja die Politik der neuen Linken nicht nur die Reaktion in diesem Lande stärken, sie soll darüber hinaus Faschismus geradezu mitproduzieren. Für derartige Theorien politischer Kräftebildung

13) P. v. Oertzen, a.a.O.

14) Vgl. hierzu: Zum Begriff der Gewalt, in: konkret Nr. 6, 1968, S. 25 ff. und H. Beth, Zum Problem der Gewalt, in: liberal Nr. 8, 1968, S. 581 ff.

15) So von P. v. Oertzen, a.a.O.; A. Künzli, Lehren des Anarchismus, in: Frankfurter Rundschau vom 12. 9. 1968; „Der Spiegel“, Nr. 7, 1968, S. 23 f.

16) J. Agnoli, a.a.O., S. 31.

bietet sich der überaus eingängige Nenner Linksfaschismus von selbst an, verspricht er doch in dieser seiner synthetischen Funktion optimale propagandistische "Wirkung. Permanente Agitation soll dafür sorgen, daß die Subjekte einer solchen Agitation veranlaßt werden, die Invektive „Linksfaschismus" zu übernehmen, zu internalisieren und das heißt: sich die in diesem Ausdruck offenbarende Denkungsart zu eigen zu machen; es soll also, anders formuliert, ein Dispens von der Pflicht kritischen Denkens ausgestellt werden. Es dürfte außer Zweifel stehen, diese Theorie verdankt ihre Entstehung den bitteren Erfahrungen, welche die erste deutsche Republik sammeln mußte. Es ist deshalb begreiflich, wenn die Sorge um das Gelingen des zweiten demokratischen Experiments auf deutschem Boden dazu anhält, einen Blick in die jüngste Geschichte zu werfen, zu untersuchen, wie und warum die Weimarer Republik nach etwa einem Dutzend Jahren unterging. So sehr also ein solches Bemühen zu begrüßen ist, es darf nicht dazu verführen, daß sich Rückschlüsse in Kurzschlüsse verwandeln! Zur besseren Betrachtung der Frage, ob ein wie auch immer motiviertes intensives Engagement auf der Linken eine entsprechende Reaktion auf der Rechten provoziert, soll eine tabellarische Übersicht über die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 20. 5. 1928 bis hin zum 6. 11. 1932 dienen. Aufgeführt werden, da für das angeschnittene Problem ausreichend, lediglich die Stimmenanteile, die die Vertreter der radikalen Linken bzw. Rechten, die KPD und die NSDAP, auf sich vereinigen konnten; als Vergleichswerte sollen die entsprechenden Ergebnisse der sogenannten „Weimarer Koalition" (SPD, Zentrum, DDP [ab 1930: DSP]) herangezogen werden ¹⁷⁾.

Parteien	20.5.1928	14.9.1930	31.7.1932	6.11.1932
KPD	10,6% (54) ¹⁸⁾	13,1% (77)	14,3% (89)	16,9% (100)
SPD	29,8% (153)	24,5% (143)	21,6% (133)	20,4% (121)
DSP	4,9% (25)	3,8% (20)	1,0% (4)	1,0% (2)
Zentrum	12,1% (62)	11,8% (68)	12,4% (75)	11,9% (70)
NSDAP	2,6% (12)	18,3% (107)	37,3% (230)	33,1% (196)

Als weiteres Vergleichsmaterial sollen noch die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung vom 19.1. 1919 angeführt werden. Da es zu dieser Wahl weder eine KPD noch eine NSDAP gab, sollen als Vertreter der Linken und der Rechten die USPD und die DNVP fungieren ¹⁹⁾.

USPD	SPD	DDP	Zentrum	DNVP
7,6% (22)	37,9% (165)	18,6% (75)	19,7% (91)	10,3% (44)

Die Betrachtung dieser Tabellen mag auf den ersten Blick den Schluß zulassen, daß in der Tat das Anwachsen der Linken eine Vergrößerung des Stimmenanteils der Rechten bedingt. Eine solche Sehweise berücksichtigt allerdings nicht die Ursachen, die zu einem solchen Trend führen. Ohne an dieser Stelle die von der historischen, politikwissenschaftlichen und soziologischen Forschung herausgefundenen Gründe für das Versagen der demokratischen Institutionen der Weimarer Republik in aller Ausführlichkeit rekapitulieren zu wollen ²⁰⁾, sollen doch einige Aspekte angeführt werden, die ein hinlängliches Schlaglicht auf den Weimarer Mißerfolg werfen.

17) Zahlen nach H. Pross, Die Zerstörung der deutschen Politik, Frankfurt a. M. 1961, S. 352. Die Wahlen vom 5. 3. 1933 wurden deshalb nicht angeführt, da es keine freien Wahlen mehr waren.

18) Die Zahlen in Klammern geben die Mandate der Parteien an.

19) Vergleiche Fußnote 17.

20) Vgl. K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik; 808 S., 4. Aufl., Villingen 1964.

Die Weimarer Republik verdankte ihre Entstehung weniger dem Wunsch des Staatsvolkes als vielmehr — Folge des verlorenen Krieges — dem Willen der siegreichen Alliierten. Die sich in den Wahlen zur Nationalversammlung manifestierende Zustimmung zum demokratischen System beruhte auf von vornherein falschen Voraussetzungen: denn da das Kaiserregime zu offenkundig versagt hatte, kompensierte das Wahlvolk den erlittenen Vertrauensverlust, indem es, ungeschult und also naiv in Sachen Demokratie, seine Hoffnung auf die neue Staatsform setzte. Hoffnungen auf einen Staat, demgegenüber so entscheidende Schichten wie die Armee und die Beamtenschaft, der nachgesagt wurde, sie „entfremdete systematisch die Bürger der Politik“²¹⁾, kaum mehr als formale Loyalität bewahrten. Kein gemeinsamer, politisch definierter Konsensus gab dem Staat ein Fundament, er mußte sich auf die Hoffnungen unpolitischer Bürger stützen; was Wunder, daß einer glänzenden Formulierung zufolge, „Improvisation ... das besondere Charakteristikum der deutschen Demokratie“²²⁾ war. Daß eine solche „improvisierte Demokratie“ den schweren Belastungen eines nichts weniger als gerechten Versailler Friedensvertrages, volkswirtschaftlich drückender Reparationsleistungen sowie einer den Erdball erschütternden Weltwirtschaftskrise nicht gewachsen war, erscheint so unverstänglich nicht.

Das aber bedeutet im Hinblick auf die uns interessierende Frage: Es kann keine Rede davon sein, daß die Extremisten linker und rechter Herkunft in einem Akt gemeinsamer Zwietracht aus einer kraftvollen Republik das Weiß demokratischer Elemente heraus- und das Grau antidemokratischer Gesinnung hereinzwangen. Wo der Staatswille fehlt, ist kein Staat; wo Demokraten fehlen, gibt es keine Demokratie; und wo man der Substanz verlustig gegangen ist, sind Abwehrkräfte nicht mehr zu gewinnen. Die These, die Tore der Weimarer Republik seien unter den Schlägen der Radikalen zerbrochen, ist unwahr: offene Türen pflegen gemeinhin nicht mehr eingeschlagen zu werden.

IV

Beenden wir hier den historischen Exkurs und überprüfen wir nunmehr die Theorie an den Kriterien, die uns die politische Situation der Bundesrepublik vermittelt.

Ist der parteipolitisch durch die NPD vertretenen radikalen Rechten der Durchbruch in einer Phase gelungen, „als Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik nicht nur in eine sichtbare, ... seit langem vorausgesagte Krise gerieten, sondern als außerdem eine personalpolitisch wie parteipolitisch schwache und führungslose Regierung amtierte“²³⁾, so begann sich die außerparlamentarische Opposition zu formieren, nachdem in Bonn die Große Koalition die Regierungsgeschäfte übernommen hatte. Ins Bewußtsein breiterer Bevölkerungsschichten drang diese freilich gar nicht „formierte Gesellschaft“ allerdings erst nach der Berliner Anti-Schah-Demonstration vom 2. Juni 1967. Immerhin, das nahezu zeitgleiche Auftauchen relativ starker politischer Kräfte auf dem linken und rechten Flügel des innenpolitischen Spektrums wirft die Frage auf, welche Bedingungen und Ursachen eine solche, in der Bundesrepublik jedenfalls neue, Konstellation ermöglicht haben.

Nach rund zwanzig Jahren relativer wirtschaftlicher, sozialer und politischer Stabilität wendet sich ein beachtlicher Teil der Bürger ab von den etablierten Parteien, schert aus nach Rechts und in geringerem Maße nach Links. Eine Schwenkung, die Ursachen haben muß. Die bedrohliche Entwicklung veranlaßte *Herbert Wehner* zu der Warnung: „Jetzt wird es ernst; bisher war es nur feierlich“, und den Soziologen *Ralf Dahrendorf*

21) F. Fleiner, Deutschlands Verfassungswandlungen, in: Reden und Schriften, Zürich 1941, S. 401.

22) T. Eschenburg, Die improvisierte Demokratie, in: Die improvisierte Demokratie, München 1963, S. 41.

23) E. Krippendorff, Die Rechte in der Bundesrepublik — Zehn Thesen, in: Die Restauration entläßt ihre Kinder oder Der Erfolg der Rechten in der Bundesrepublik, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 165.

zu dem Kommentar: „Dies ist richtig, bis zu jenem Zeitpunkt (1966) war die westdeutsche Demokratie eine Art Sonntagsdemokratie " ²⁴⁾; fortfahrend legt er den Finger auf eine der Wunden:

„Die deutsche Nachkriegspolitik ist gekennzeichnet durch die fast vollständige Vernachlässigung dessen, was man Infrastrukturpolitik nennen könnte... Die Vernachlässigung der sozialen Infrastruktur des Landes hat direkt zu einer wachsenden Unsicherheit im Hinblick auf seine Regierungen und indirekt zu einem gefährlichen Versagen in der Verankerung der demokratischen politischen Institutionen in der Gesellschaft geführt" ²⁵⁾.

In der Tat, die Berechtigung der Dahrendorfschen Feststellung läßt sich ohne nennenswerte Schwierigkeit sowohl an der durch die Umstellung der Energiewirtschaft von Kohle auf Öl heraufbeschworenen Krise des Ruhrbergbaus als auch an der Reaktion bestimmter Sozialgruppen während der ökonomischen Rezession exemplifizieren. Bedingt durch mangelnde betriebliche Mitbestimmung verstärkt sich in solchen Zeiten im besonderen Maße das Gefühl existentieller Abhängigkeit, existentieller Bedrohung, und deshalb wird gerade dann der Glaube an die Sicherheit des Arbeitsplatzes — und damit des Einkommens — heftig erschüttert. Wie die Ergebnisse der Meinungsforschungsinstitute belegen, äußert sich dieses sozio-ökonomische Unbehagen politisch dergestalt, daß die Sympathien mit der NPD schlagartig zunehmen.

Wenn aber schon eine dem Umfange nach relativ geringfügige Rezession bei bestimmten sozialen Gruppen (vor allem beim selbständigen Mittelstand, den Bauern und auch Teilen der Arbeiterschaft) Tendenzen aktualisiert, die durch Abwendung von der parlamentarischen Demokratie gekennzeichnet sind, kann das demokratische Bewußtsein im Wahlvolk nicht sonderlich ausgeprägt sein; das aber bedeutet, daß der überaus starken institutionellen Verankerung demokratischer Organe eine vergleichbare Festigkeit demokratischer Überzeugungen auf Seiten des Trägers und Souveräns der demokratischen Staatsform, des Volkes, nicht gegenübersteht. Abnehmendes Vertrauen in die Funktionsfähigkeit demokratischer Einrichtungen in Krisenzeiten summiert sich zu einem soliden Vertrauensdefizit, das im wesentlichen durch sozialen Unmut definiert ist; wobei unter sozialem Unmut eine Haltung zu verstehen ist, die sich — trotz deklamatorisch behaupteter Chancengleichheit — der tatsächlich ungleichen Verteilung wirtschaftlicher und politischer Einflußnahme bewußt ist.

In Anbetracht der auf diesem Wege kopflastig gewordenen Demokratie zogen einige Beobachter den Schluß:

„Offenkundig birgt die Demokratie, die formal gleiche Rechte gewährleistet, ohne die sozialen Voraussetzungen der Gleichheit herzustellen, in Krisenlagen die Möglichkeit einer Faschisierung strukturell in sich" ²⁶⁾.

24) Beide Zitate bei R. Dahrendorf, Das Ende eines Wunders, in: Die Restauration entläßt ihre Kinder . . . , Reinbek bei Hamburg, S. 94.

25) Dahrendorf, a.a.O., S. 95.

26) R. Kühn / R. Rilling / C. Sager, NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei; Frankfurt 1969, S. 365.

Entgegen der verbreiteten Auffassung, die hier vertretene Meinung lasse sich angesichts der Niederlage der NPD bei den Bundestagswahlen vom 28. 9. 1969 in der vorgetragenen Form nicht länger aufrechterhalten, muß an ihr, will man keinem Wunschdenken anheimfallen, in vollem Umfange festgehalten werden. Wenn auch die NPD nicht in den 6. Bundestag einziehen konnte — und es deshalb richtig ist, von einer Wahlniederlage zu sprechen —, so darf doch keinesfalls übersehen werden, daß die Partei im Verhältnis zu den Bundestagswahlen von 1965 (2 vH) ihren Stimmenanteil mehr als verdoppelte: 1 422 106 Wähler gaben dieser Partei ihr Votum, was 4,3 vH der Wählerstimmen entspricht. Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik hat zwar die latente Faschisierungstendenz bestimmter sozialer Gruppen zu verdecken vermocht — keineswegs jedoch ist damit das Argument eines strukturell bedingten neofaschistischen Potentials beweiskräftig zu widerlegen. Wie sehr vielmehr die Refaschisierungsdrohung den Himmel bundesrepublikanischer Demokratie verdunkelt, geht nicht nur daraus hervor, daß überall dort, wo ungesunde wirtschaftliche Bedingungen vorherrschen, auch der Anteil von NPD-Wählern überproportional hoch ist; noch deutlicher manifestierte sich diese Drohung im Wahlkampf. Denn dort sahen sich die CSU und in abgeschwächter Form auch die CDU genötigt, einem von den Parteistrategen analysierten Rechtsruck innerhalb der Bevölkerung Rechnung zu tragen, indem man der NPD deren „angestammtes“ Wählerreservoir durch bewußtes Aufweichen der Grenzen zwischen den Parteien streitig zu machen suchte — was natürlich nur durch eine kräftige Orientierung nach rechts (Strauß) zu erreichen war. Die Wahlergebnisse bestätigen, daß dieses Streben nicht ohne Erfolg geblieben ist. Mit diesem Kanalisierungsversuch sind implizite einige Spielarten neofaschistischer Politik „gesellschaftsfähig“ gemacht worden, was bedeutet, daß die NPD nicht mehr der alleinige Indikator rechtsradikaler Tendenzen ist, sondern vielmehr diese Tendenzen heute unter einer viel breiteren Decke zu suchen sind.

Wenn auch bei weitem nicht alle, so haben wir doch einige wichtige Ursachen gefunden, die das Entstehen einer radikalen Rechten begünstigt und gefördert haben. Ob für die Bildung der extremen Linken in eben solchem Maße Strukturdefekte oder andere Schwächen des parlamentarisch-demokratischen Systems kausal gewirkt haben, muß im folgenden Teil analysiert werden.

V

Die neue Linke setzt sich überwiegend aus Studenten zusammen, Menschen also, die sozusagen „berufsbedingt“ über die denkbar besten Möglichkeiten, sich einen Überblick über ökonomische, gesellschaftliche und politische Zusammenhänge zu verschaffen, verfügen können und somit, was diese Informationsquellen betrifft, im Verhältnis zu ihren in den Produktionsprozeß einbezogenen Altersgenossen unbestritten privilegiert sind. Zu konstatieren, daß sie deshalb auch über sozio-ökonomische und politische Probleme besser als diese orientiert sind, hat mit elitärem Dünkel nichts zu tun.

Die Bedingungen, die zu einem erheblichen Teil zu dem sich politisch links artikulierenden Engagement geführt haben, sind so evident, daß wir das Verfahren abkürzen wollen, indem Stichworte an die Stelle langer Beschreibungen treten sollen. Unzureichende, zum Teil archaisch anmutende Studienbedingungen; die Unfähigkeit der Universitäten, aus sich selbst heraus einen Regenerationsprozeß einzuleiten; die mangelnde Wahrnehmung studentischer Interessen durch die Vertreter der politischen Parteien; ein Parlament, das seinem eigenen Funktionsschwund tatenlos zusieht; die Große Koalition als sichtbarster Ausdruck des politischen Immobilismus; Notstandsgesetze, die die demokratische Substanz angreifen; die Propagierung sittlicher Werte durch die Herrschenden, während gleichzeitig zu Ereignissen wie denen in Vietnam oder Biafra geschwiegen wird — dieses und vieles andere mehr trieb die Studenten buchstäblich auf die Straße, wo sie von knüppelnden Polizisten erwartet wurden.

Die aufgezählten Versäumnisse, Schwächen und Fehler der in der Bundesrepublik praktizierten Demokratie haben die Bildung einer Linken, einer extremen Linken nicht nur gefördert und begünstigt, sie haben sie geradezu herausgefordert.

Ziehen wir das Fazit: die Theorie politischer Kräftebildung, wie sie Ehmke — der hier stellvertretend für viele andere Personen steht — entwickelt hat, ist abwegig. Im Gegenteil, ein polemisches Temperament wird es sich nicht versagen wollen, einmal den Spieß umzukehren, indem es der ersten Garnitur unserer Politiker eine völlig neue „Rädelsführertheorie“ präsentiert: danach wäre es das politische Establishment selbst, das, weil es die demokratischen Institutionen so wenig überzeugend repräsentiert hat, den linken und rechten Extremisten eine Entfaltungsmöglichkeit geboten hat: Das politische Establishment in der Rolle des Hexenmeisters, der die Geister, die er rief, nicht wieder los wird.

Weniger polemisch wird man sich einem Dahrendorfschen Urteil nicht verschließen können:

„Die Sammlung politischer Gruppen um Programme, die sich gegen das System richten, ist schließlich vor allem ein Index der Schwächen bestehender Politik. Den Index zu verdrängen, hilft der Politik kaum. Vor allem ersetzt es die gute Politik nicht“²⁷⁾.

Es hat sich gezeigt, daß eine direkte Verbindung zwischen dem Aufkommen extremistischer Gruppen und den Schwächen parlamentarisch-demokratischer Institutionen besteht, wobei ersteres unmittelbar vom letztgenannten abhängt. Sofern das demokratische System von seinen Repräsentanten zukünftig überzeugender als bisher vertreten

27) R. Dahrendorf, a.a.O., S. 96.

wird, sich reformerischer Wille stärker zur Geltung bringen kann, kurz: eine Phase innerer Regeneration der demokratischen Einrichtungen eingeleitet wird, ist damit zu rechnen, daß den antidemokratischen Kräften der Boden, auf dem sie stehen, entzogen wird. Dann, aber wahrscheinlich auch nur dann, braucht nicht befürchtet zu werden, die Demokratie werde zwischen den beiden Extremen zerrieben werden; zumal die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik sich in einer unvergleichbar glücklichen Lage befinden, denn:

„Der Versuch, sich gegen das System richtende Kräfte auf der Rechten zu sammeln, führt in so große Nähe zu den Erinnerungen an das nationalsozialistische Deutschland, daß ihm doch "wohl gewisse schwer überschreitbare Grenzen gesetzt sind. . . . Der Versuch andererseits, solche Energien auf der Linken der demokratischen Parteien zu sammeln, führt mit ähnlicher Notwendigkeit zu ähnlich abstoßenden Assoziationen an die Entwicklung Ostdeutschlands nach 1945" ²⁸⁾.

Es ist nicht anzunehmen, daß den relevanten politischen Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland die Kenntnis der Kette von Bedingungen, Ursachen und Abhängigkeiten, pauschal: der Interdependenzen von Erschlaffungszuständen demokratischer Einrichtungen und dem Aufkommen antidemokratischer Kräfte gänzlich abgeht. Ist jedoch diese Unterstellung richtig, muß die Verbreitung politischer Theorien von der Art Ehmkes wider besseres Wissen erfolgen. Dann aber ist die Schlußfolgerung nicht von der Hand zu weisen, daß einer solchen Propaganda ein politischer Stellenwert beizumessen ist, ein Stellenwert, auf den einige Überlegungen zu richten sind,

VI

Wer entgegen besserer Einsicht — und nur dieser Personenkreis interessiert hier, da diejenigen, die die Ehmke-Theorie gutgläubig verbreiten, lediglich bescheidenes historisches Wissen erkennen lassen — also behauptet, die außerparlamentarische Opposition erzeuge durch ihre Aktionen eine faschistische Reaktion, der läßt den allein demokratischen Grundsätzen entsprechenden guten, überzeugenden Stil politischer Auseinandersetzung vermissen. Derartige Propaganda kann nicht anders als Diffamierung bezeichnet werden, wobei sich in eben dieser Diffamierung zweierlei offenbart; erstens das schlechte Gewissen (das *Krippendorff* mit dem Terminus „unreflektiertes Unbehagen“ eingangs umschrieben hat), das sich als Folge doppelter Verdrängung eingestellt hat: zum einen ist nämlich die persönliche Mitschuld an der Entstehung der außerparlamentarischen Opposition — siehe oben — und zum anderen ist die partielle Berechtigung der studentischen Forderungen bewußt negiert und also aus dem Gedächtnis getilgt worden. Zweitens manifestiert sich in der Diffamierung (ein Begriff, der ja nichts anderes bedeutet, als daß bei Verzicht auf sachgerechte Diskussion die Opponenten stattdessen in die Nachbarschaft zu quasi „*displaced persons*“ gerückt werden) genau die Doppelzüngigkeit, die als notwendiges Produkt der Synthese von hehrem demokratischen Anspruch und wesentlich weniger demokratisch bestimmter Praxis erscheint, die erst die Protestbewegung provoziert hat und dann auf die Barrikaden steigen ließ.

Darüber hinaus verbirgt sich hinter dem Vorwurf des Linksfaschismus zudem nicht nur die Tatsache, daß die sich offensichtlich in einem Wandlungsprozeß befindende bundesrepublikanische Gesellschaft nicht über Kommunikationsmittel verfügt, die dem Wandlungsprozeß gerecht werden könnten, er verdeckt auch den überaus engen Zusammenhang von gesellschaftlichem Wandel und Konflikt.

Wie richtig beobachtet worden ist, sind „die Wege politischer Kommunikation. . . zumeist so konstruiert, daß sie nur denjenigen gesellschaftlichen Kräften, die sich schon

28) R. Dahrendorf, a.a.O., S. 96.

früher Gehör verschaffen konnten, einen Zugang erlauben" ²⁹). Eine Erkenntnis, die sich sehr leicht an einem Beispiel demonstrieren läßt:

So hat der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) in den fünfziger und beginnenden sechziger Jahren eine Politik getrieben, die durch das Abfassen zahlreicher Denkschriften zu der Situation an den Universitäten gekennzeichnet war. Diese Denkschriften wurden den kulturpolitisch Verantwortlichen zugeleitet — mit der Folge, daß gar nichts geschah, jedenfalls wurden die Studienbedingungen in keiner sichtbaren Weise verbessert. Die mangelnde Beschäftigung mit den studentischen Denkschriften darf man getrost als Ausfluß der politischen Haltung betrachten, die dem VDS als Zwangskörperschaft aller Studenten nicht den Rang einer legitimen Interessenvertretung zubilligte. Ein Vorgang, der sehr genau die Funktionsweise einer pluralistischen Demokratie widerspiegelt, die der amerikanische Wissenschaftler *Robert Paul Wolff* überaus anschaulich wie folgt beschrieben hat (wobei wir jeweils das Wort „amerikanisch“ durch das Wort „deutsch“ austauschen):

„Nach der pluralistischen Theorie hat jede gesellschaftliche Gruppe ein Stimmrecht beim Zustandekommen der Politik und einen Anteil am Gewinn. Jeder von einer Gruppe im System betriebenen Politik muß respektvolle Aufmerksamkeit geschenkt werden, wie sonderbar sie auch sei. Dementsprechend hat eine Politik oder ein Prinzip, denen es an rechtmäßiger Repräsentanz gebricht, keine Stätte in der Gesellschaft, wie vernünftig oder richtig sie auch seien. Folglich ist die Linie zwischen annehmbaren und unannehmbaren Alternativen sehr scharf, so daß die Landschaft der deutschen Politik mehr einem Plateau mit steil abfallenden Klippen nach allen Seiten ähnelt als einer Pyramide. Auf dem Plateau befinden sich alle Interessengruppen, die als rechtmäßig betrachtet werden; im tiefen Tal rings umher stehen die Außenseiter, die Randgruppen, die als extremistisch verachtet werden. Die wesentlichste Schlacht, die irgendeine Gruppe in der deutschen Politik schlagen kann, ist der Kampf, der damit verbunden ist, das Plateau zu erklettern" ³⁰).

Und eine solche Schlacht schlagen heute die Studenten, wobei sie sich allerdings der Methoden, deren sich einmal der VDS bediente, entledigt haben. Da die deutsche Gesellschaft nicht flexibel genug war, den Forderungen der Enttäuschten nachzukommen, haben diese Mittel bei der politischen Auseinandersetzung angewandt (und wenden sie noch an), die den Konflikt erheblich verschärft haben. Man sollte allerdings nicht übersehen, daß diese Mittel eine unerträgliche Frustration sowie bitterernste Absichten ausdrücken, denn „auf die üblichen Regeln einer politischen Gemeinschaft zu verzichten und Gewalt anzudrohen oder tatsächlich anzuwenden, erfordert große seelische Energien" ³¹).

Die angeführten Gründe beweisen deutlich, daß die Kommunikationsmechanismen in der Bundesrepublik nicht mehr intakt funktionieren. Auf diesen Defekt ist es zurückzuführen, daß unsere Gesellschaft sich mit dem Phänomen der Gewaltanwendung bei der politischen Auseinandersetzung konfrontiert sieht. Eine Situation, die unabweisbar zutage gefördert hat, wie eng gesellschaftlicher Wandel und Konflikt miteinander zusammenhängen; eine Situation, in der das Verständnis für die nachfolgend zitierte Einsicht wachsen mag:

„... nur wo offene Kommunikationswege bestehen, über die alle Gruppen ihre Forderungen artikulieren können, läßt sich erwarten, daß die politische Anwendung von Gewalt zurückgedrängt wird. Wo das nicht der Fall ist, bleibt politische Gewaltanwendung eine immer wiederkehrende Möglichkeit" ³²).

Eine Situation, in der man sich nur aus vollem Herzen einer Stimme anschließen kann, die die deutsche Gesellschaft heute vor allem als eine Aufgabe versteht ³³).

29) L. A. Coser, Gewalt und gesellschaftlicher "Wandel, in: Weltfrieden und Revolution, hrsg. von H. E. Bahr, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 155.

30) R. p. Wolff, Jenseits der Toleranz, in: R. P. Wolff/B. Moore/H. Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt a. M. 1966, S. 51 f.

31) L. A. Coser, a.a.O., S. 156.

32) L. A. Coser, a.a.O., S. 163.

33) Vergleiche hierzu R. Dahrendorf, Gesellschaft ohne oben, in: „Die Zeit“, Nr. 23 vorn 6. 6. 1969.